

BASis Info 1/2017

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

13.01.2017

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de



Liebe Leserin, lieber Leser,

erst einmal wünsche ich Ihnen und Ihren Lieben alles Gute, Gesundheit und Glück für das Jahr 2017. Es wird hoffentlich ein friedlicheres Jahr als 2016, das mit dem Terroranschlag in Berlin so grausam endete.

Auch wenn es absolute Sicherheit natürlich nicht geben kann: Die Menschen dürfen erwarten, dass der Staat sie bestmöglich schützt. Deshalb ist es gut, dass Bundesjustizminister Heiko Maas und der Bundesinnenminister das neue Jahr mit einem Maßnahmenpaket zur inneren Sicherheit eröffnen und wir uns nicht mit parteipolitischen Streit aufhalten. Sigmar Gabriel hat recht, wenn er sagt: Wer innere Sicherheit bieten will, muss sich auch einem kulturellen Kampf stellen. Deshalb brauchen wir neben einem starken Sicherheitsapparat auch gleichermaßen einen Ausbau der Präventionsarbeit und wir müssen die Stabilität unserer Gesellschaft von Grund auf stärken. Gesetzesverschärfungen alleine reichen nicht aus. Unsere SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb bei der Jahresauftakttagung in den

vergangenen zwei Tagen in Berlin klar gemacht: Wir engagieren uns für einen handlungsfähigen Staat, der verlässlich für mehr Sicherheit sorgt - und für mehr Gerechtigkeit.

Mit Beschlüssen zur Abschaffung der Abgeltungssteuer, Kinderrechten im Grundgesetz, Begrenzung von Managergehältern sowie mehr Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden haben wir gestern und heute bei unserer Klausur in Berlin unsere Themen für die kommenden Monate abgesteckt. So setzen wir uns dafür ein, dass eine Familienarbeitszeit sowie einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Kitas und Grundschulen eingeführt wird. Eltern sollen selbst frei entscheiden können, wie lange ihr Kind in der Kita und Grundschule bleibt. Alle Beschlüsse finden Sie auf Seite 2.

Auf dem Weg zu mehr Gerechtigkeit im Gesundheitssystem hat eine Studie der Bertelsmann-Stiftung in dieser Woche für Aufregung gesorgt. Vor allem natürlich bei der Privaten Krankenversicherung, die um ihre Einnahmequellen fürchtet. Eine ge-

setzliche Krankenversicherungspflicht auch für Beamte würde laut der Studie Bund und Länder bis 2030 um rund 60 Milliarden Euro entlasten. Für NRW wäre das allein 10 Milliarden. Ohne Einschränkung von Leistungen für die Beamten. Dies zeigt, wie sinnvoll die Einführung einer Bürgerversicherung ist und bestätigt weitgehend die bereits vorliegenden Berechnungen. Die Einbeziehung der Beamten in die GKV geht nicht mit hohen Übergangskosten einher. Geholfen würde außerdem vielen Beamten, die sich Sorgen machen, die im Alter hohen Prämien der Privaten Krankenversicherung nicht bezahlen zu können. Die Zeit ist reif für eine geordnete Einführung der Bürgerversicherung.

Meine nächste BASis Info erscheint bereits am 3. Februar. In dieser Ausgabe werde ich sicher von der Klausur unseres Parteivorstandes Ende Januar berichten, bei der ich live vor Ort bin. Und dann verrate ich Ihnen auch, wer unser SPD-Kanzlerkandidat wird. Versprochen.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



Jahresauftaktklausur der SPD-Bundestagsfraktion

Seitdem ich Bundestagsabgeordnete bin, beginnt für mich das politische Jahr mit einer Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin. 2017 stand die Klausur unter dem Titel „Mehr Sicherheit und Gerechtigkeit“. Am gestrigen Donnerstag haben wir mit dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes Holger Münch über wirksame Schritte für mehr öffentliche Sicherheit diskutiert, heute war DGB-Chef Reiner Hoffmann zu Gast.

Im Fokus der Diskussion stand das Thema Gerechtigkeit, unter anderem **Steuergerechtigkeit**. Momentan ist es so: Wer arbeitet, muss derzeit mehr Steuern zahlen, als derjenige, der sein Geld für sich arbeiten lässt. Eine Ungerechtigkeit, die wir endlich beseitigen müssen. Darum fordern wir SozialdemokratInnen, die Abgeltungssteuer abzuschaffen. Denn sie privilegiert die Einkommen aus Aktien und anderem Kapital und benachteiligt alle, die durch eigene Arbeit ihr Geld verdienen müssen.

Eine weitere Ungerechtigkeit wollen wir mit unserem Beschluss über **Managergehälter** und Boni anpacken. Vorstände verdienen häufig das Hundertfache eines Facharbeiters oder kassieren exorbitante Boni. Wir werden nicht länger hinnehmen, dass die Allgemeinheit das auch noch durch die Hintertür subventioniert, weil sie

als Betriebsausgaben von der Steuerbemessungsgrundlage abgezogen werden können. Selbst das Handelsblatt schreibt in seiner Mittwochs-Ausgabe: „Der Kampf der SPD gegen Bonusexzesse ist populär, aber deshalb nicht automatisch falsch“.

Zur Gerechtigkeit gehört für unsere SPD-Fraktion auch, dass Familien und Alleinerziehende bei uns die Unterstützung bekommen, die sie verdienen. Mit einer **Familienarbeitszeit** wollen wir zum Beispiel Eltern finanziell unterstützen, die ihre Arbeitszeit reduzieren. Wir setzen uns auch dafür ein, einen **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Kitas und Grundschulen** einzuführen. Und damit Eltern zukünftig nicht mehr in der so genannten „Teilzeitfalle“ landen, wollen wir die Möglichkeit zur **Rückkehr von Teilzeit auf die ursprüngliche Arbeitszeit** rechtsverbindlich machen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Familien-, Frauen- und Altersarmut, zu dem unsere Arbeitsministerin Andrea Nahles bereits einen Gesetzentwurf vorgelegt hat. Da wir uns mit der Union bereits im Koalitionsvertrag auf dieses Recht verständigt haben, kann und muss das jetzt zügig umgesetzt werden.

Kinder sind Wesen mit eigener Menschenwürde und einem eigenen Recht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit.

Die SPD-Bundestagsfraktion macht sich seit Jahren für die Verankerung von **Kinderrechten im Grundgesetz** stark. Jetzt ist die Zeit zu handeln! Die SPD-Bundestagsfraktion will daher noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz auf den Weg bringen.

Vor zwei Jahren wurde auf Drängen der SPD die Mietpreisbremse eingeführt – ein Instrument, das hilft, die **Mietexplosionen** gerade in Ballungszentren zu verringern. Jetzt wollen wir die Rechte von MieterInnen weiter stärken. Es geht vor allem um eine gerechtere Ausgestaltung der Modernisierungsumlage, sodass MieterInnen nicht unverhältnismäßig zur Kasse gebeten werden. darüber hinaus geht es um die Erweiterung der Härtefallklauseln, die rechtssichere Gestaltung von Mietspiegeln und die Konkretisierung des Eigenbedarfs.

Weitere Beschlüsse fasste die SPD-Bundestagsfraktion zu folgenden Themen „Konsequenzen aus dem Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt“, „Zusammenhalt der Europäischen Union stärken – Unsere Eckpunkte für die Brexit-Verhandlungen“ und „Recht haben und Recht bekommen – Musterverfahren möglich machen“. Alle Beschlüsse der Auftaktklausur gibt es natürlich auch online unter <http://www.spdfraktion.de/>

Veranstungshinweis: Für eine gerechte und sichere Rente

Die Pläne der SPD-Bundestagsfraktion für die Zukunft der Altersvorsorge

Wer sein Leben lang gearbeitet und in die sozialen Sicherungssysteme eingezahlt hat, muss später auch von seiner Rente leben können. Ist es möglich, das Rentenniveau zu stabilisieren oder gar anzuheben? Was passiert mit der Riester-Rente? Was müssen wir tun, damit die Menschen im Alter von ihrer Rente in Würde leben können? Um diese und andere Fragen zu diskutieren, lade ich alle Interessierten zu meiner nächsten Fraktion vor Ort-Diskussionsveranstaltung „Für eine gerechte und sichere Rente - Die Pläne der SPD-Bundestagsfraktion für die Zukunft der Altersvorsorge“ am



Ralf Kapschack, MdB

Donnerstag, den 2. Februar um 18 Uhr in den Kleinen Prinz ein.

Gastredner Ralf Kapschack, Mitglied im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales

und Berichterstatter für das Thema Rente in der SPD-Bundestagsfraktion, wird über die Pläne unserer SPD-Fraktion für diese Legislaturperiode und auch für die Zeit nach der Bundestagswahl 2017 informieren. Im Anschluss freue ich mich auf eine offene Diskussion mit allen Anwesenden. SPD-MdB Mahmut Özdemir rundet die Veranstaltung mit einem Schlusswort ab.

Interessierte können sich im Wahlkreisbüro gerne anmelden unter baerbel.bas.wk@bundestag.de oder 48869630.



Ein guter Start ins neue Jahr

2017 startete für mich mit Frauenpower: Der Neujahrsempfang bei der AWO-Rumeln-Kaldenhausen eröffnete für mich den Reigen der Neujahrsempfänge im Wahlkreis. Trotz Glatteis ein Termin, den ich auf keinen Fall verpassen wollte! Am Dienstag war ich im Haus am Biergerpark, am Samstag geht es zur SPD Rheinhausen/SPD Rumeln-Kaldenhausen und auch auf den Neujahrsempfang des Bodelschwinghauses freue ich mich.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++14.01.: Prinzenkürung in der Mercatorhalle+++

+++21.01..: Deutsche Judo-meisterschaft in Duisburg+++

+++22.01.: Neudorfer Empfang +++

+++16.01.-20.01.: Sitzungswoche des Bundestages+++

+++21.01.: Funkenball im Duisburger Hof+++

+++Weitere Termine: www.baerbelbas.de +++



BÄRBEL BAS

Ihre Bundestagsabgeordnete
für den Wahlkreis Innenstadt/Rheinhausen/Süd

Politik, die DU sagt

Was mir 2016 am **Herzen** lag
und was ich für Duisburg erreichen konnte



Mit dem Jahresbeginn 2017 ist auch mein neuer Flyer da: Hier in der Online-Version und als buntes Faltblatt in meinem Wahlkreisbüro. Seit 2010 informiere ich Sie jährlich mit diesem „Tätigkeitsbericht“ über meine Arbeit. Wie immer gilt: Mein Anspruch ist es, für Sie präsent zu sein. Melden Sie sich gerne bei mir – zum Beispiel mit der portofreien Rückmeldepostkarte des Flyers. http://www.baerbelbas.de/images/downloadfiles/BaerbelBas_2016.pdf

Mein Tagebuch

Der Fahrdienst des Deutschen Bundestages informiert regelmäßig, was wir Abgeordneten so alles liegen gelassen haben. Meine Highlights diesmal: Jogginghose, ein Paar Fußballschuhe und -olivfarbene - Joggingjacke. Wer das wohl liegen gelassen hat? Oder noch interessanter: Wo kam der oder die Abgeordnete her?

Der „Blutprodukteskandal“ erschütterte vor rund 30 Jahren unser Land und betrifft bis heute viele Menschen. In einem Namensartikel der Gesellschaftspolitischen Kommentare – gpk spreche ich

mich dafür aus, dass wir den Betroffenen endlich Planungssicherheit und Perspektiven bieten: Meinen Artikel können Sie gern nachlesen auf www.baerbelbas.de.

Endlich mal eine wirklich spannende Veranstaltung in Berlin: Als Krimi-Fan habe ich mich sehr über die Einladung der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer zum „Tatort Eifel“ in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz gefreut. Genau meine Sache, aber leider habe ich an diesem Abend schon andere Verpflichtungen im Deutschen Bundestag.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607